

# Wir. Dienen. McKinsey.

Am heutigen Donnerstag sagen die ersten ZeugnInnen im Untersuchungsausschuss der BeraterInnenaffäre öffentlich aus. Das erhöht den Druck auf die Verteidigungsministerin. Und die Geldverschwendung in ihrem Haus ist nicht ihr einziges Problem

Von Pascal Becker und Tobias Schulze

Die BeamtInnen des Bundesrechnungshofs arbeiten eigentlich verschwiegen. Die Behörde, die aufdecken soll, wo der Staat Geld verschwendet, informiert die Öffentlichkeit nur über ausgewählte Fälle. Unterlagen rückt sie prinzipiell nicht raus. Und den Wortlaut des Prüfberichts, mit dem sie vor einem halben Jahr den größten Skandal in der Amtszeit von Verteidigungs-

ministerin Ursula von der Leyen (CDU) auslöste, hält sie bis heute unter Verschluss. Am Donnerstag müssen die PrüferInnen aber reden: Im Bundestag beginnt der Untersuchungsausschuss zur BeraterInnenaffäre mit der Beweisaufnahme. Für die erste Sitzung haben die Abgeordneten zwei ZeugnInnen aus dem Rechnungshof vorgeladen. Erstmals müssen sie öffentlich erzählen, was ihre Behörde in den letzten Jahren über krumme Consulting-Geschäfte im Verteidigungsministerium herausgefunden hat. Es geht um Aufträge an externe Beratungsunternehmen wie McKinsey, KPMG und Accenture, die das Ministerium in den letzten Jahren massenhaft vergeben hat. Hunderte Millionen Euro gingen dafür drauf, die genaue Summe ist bislang nicht klar. Der Rechnungshof wirft dem Ministerium vor, dabei gegen diverse Regeln verstoßen zu haben: Es habe oft nicht geprüft, ob eigene MitarbeiterInnen bestimmte Aufgaben nicht genauso gut erledigen können wie gut bezahlte BeraterInnen. Auf Kosten-Nutzen-Analysen habe man häufig verzichtet. Und die eigentlich vorgeschriebenen Ausschreibungsverfahren, bei denen am Ende das beste Angebot gewinnt, habe das Ministerium gern umgegangen. Stattdessen habe es Aufträge lieber freihändig verteilt.

Das Ministerium hat bereits Fehler eingeräumt und Besserung versprochen. Der Opposition im Bundestag reicht das aber nicht aus: Sie will im U-Ausschuss die Details der Affäre aufklären. „Im Fokus steht unter anderem die Frage, wie es zu den Regelverstößen kommen konnte“, sagt der Linken-Abgeordnete Matthias Höhn. Die harmloseste Antwort wäre „Schuldigkeit“, die brisanteste wäre „Vorsatz“.

Von einem „Buddysystem“ sprechen Abgeordnete der Opposition: Unter anderem sind ein zuständiger General im Verteidigungsministerium und ein zuständiger Mitarbeiter der Unternehmensberatung Accenture gute Freunde. „Es wird auch darum gehen, wie weit man sich gekannt hat und inwieweit man sich deshalb Aufträge zu kommen ließ, die hätten ausgeschrieben werden müssen“, sagt FDP-Abgeordnete Marie-Agnes Strack-Zimmermann.

Wie konnte es dazu kommen? Die harmloseste Antwort wäre „Schuldigkeit“, die brisanteste „Vorsatz“

nisterin Ursula von der Leyen (CDU) auslöste, hält sie bis heute unter Verschluss.

Am Donnerstag müssen die PrüferInnen aber reden: Im Bundestag beginnt der Untersuchungsausschuss zur BeraterInnenaffäre mit der Beweisaufnahme. Für die erste Sitzung haben die Abgeordneten zwei ZeugnInnen aus dem Rechnungshof vorgeladen. Erstmals müssen sie öffentlich erzählen, was ihre Behörde in den letzten Jahren über krumme Consulting-Geschäfte im Verteidigungsministerium herausgefunden hat.

Es geht um Aufträge an externe Beratungsunternehmen wie McKinsey, KPMG und Accenture, die das Ministerium in den letzten Jahren massenhaft

Heikel ist die Affäre auch für die Spitze des Hauses: Ministerin von der Leyen konnte bisher alle Probleme im Verteidigungsministerium aussitzen. Im Zweifel verwies sie stets darauf, Missstände von ihren Vorgängern geerbt zu haben. Bei der BeraterInnenaffäre kommt sie damit aber nicht davon: Von der Leyen selbst hatte nach der Übernahme des Ministeriums Unternehmensberatungen ins Haus geholt, um Probleme im Beschaffungswesen zu lösen. Sie machte Katrin Suder, eine ehemalige McKinsey-Mitarbeiterin, für vier Jahre zur Staatssekretärin. Schon ein halbes Jahr nach Amtsantritt vergab sie einen ersten Auftrag an ein Beratungskonsortium um KPMG. Die Chefin hat den Kurs

des Ministeriums also selbst vorgegeben. Im Winter hat der Verteidigungsausschuss sie deshalb schon zweimal zu der Affäre befragt.

Zufrieden war die Opposition mit den Antworten nicht – deshalb gibt es jetzt den U-Ausschuss. Dieser tagt erstens öffentlich, wodurch Aufmerksamkeit und Druck für die Beteiligten steigen. Zweitens kann er ZeugnInnen zur Aussage zwingen. So wird zum Ende der Beweisaufnahme in einigen Monaten neben von der Leyen auch Ex-Staatssekretärin Suder erscheinen, die sich einer Aussage im Verteidigungsausschuss noch verweigerte. Zunächst werden die Abgeordneten aber kleinere Fische vernehmen, darunter Abteilungsleiter aus dem Mi-

nisterium und Mitarbeiter der Beratungsunternehmen.

Am Ende könnte es auch darum gehen, in welchem Umfang die Regierung überhaupt externe Beratung einkaufen sollte. Auch andere Ministerien greifen regelmäßig auf Sachverständigen von außen zurück. Die Opposition lehnt es nicht kategorisch ab, bei schwierigen Themen private ExpertInnen zu bezahlen, kritisiert aber außer Regelverstößen wie im Verteidigungsministerium Ausmaß und Ursachen. „Oft sagen öffentliche Auftraggeber: Wir haben so viele unbesetzte Stellen – wir müssen Aufgaben ausgliedern“, so der Linke-Politiker Höhn. „Will man das lösen, muss man die strukturelle Unterbesetzung der öffentlichen Hand abstellen.“



Es mangelt an Leyability: Material, Verfassungstreue, Haushaltsdisziplin – nicht sonderlich verlässlich. F.: Hermann Bredehorst/Polaris/laif

berateraffäre

## Im teuren Trockendock

Die Instandsetzung des in die Jahre gekommenen Marine-Segelschiffes „Gorch Fock“ hat sich zu einem Desaster entwickelt. Seit November 2015 wird der 1958 gebaute Dreimaster jetzt generalüberholt. Ursprünglich waren dafür 9,6 Millionen Euro veranschlagt. Inzwischen sind die Kosten auf 135 Millionen Euro angestiegen. Vor Beginn der Sanierungsarbeiten habe es weder eine umfassende Schadenaufnahme noch eine ausreichende Untersuchung der Wirtschaftlichkeit gegeben, moniert der Bundesrechnungshof. Die Kostenexplosion sei durch ein gravierendes Mismanagement bei der Marine, dem Beschaffungswesen und auch im Verteidigungsministerium entstanden. Hinzu kommt, dass die mit der Renovierung beauftragte Elsflether Werft wegen mutmaßlich krimineller Machenschaften leitender Manager am 20. Februar ein Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung beantragen musste. (pab)

## Ohne Ende Afghanistan

Augen zu und durch: Nach dem Willen der schwarz-roten Koalition wird der Bundestag am Donnerstagnachmittag die Verlängerung von vier Auslandseinsätzen der Bundeswehr beschließen. So sollen deutsche SoldatInnen im Nato-Auftrag ein weiteres Jahr an „Resolute Support“ in Afghanistan und an „Sea Guardian“ im Mittelmeer teilnehmen. Auch die UN-Missionen UNAMID im sudanesischen Darfur sowie UNMISS im Südsudan sollen fortgesetzt werden. Der heikelste Einsatz ist ohne Zweifel der in Afghanistan – und auch der längste. Seit dem Jahr 2002 stehen deutsche SoldatInnen in dem zentralasiatischen Land. Wie lange sie dort noch verweilen müssen, ist ungewiss. Denn diese Entscheidung trifft de facto nicht die Bundesregierung, sondern treffen die USA. Sobald die sich zurückziehen, wird sich die Bundeswehr schleunigst anschließen. Aber erst dann. Eine eigene Strategie für einen verantwortungsvollen Abzug gibt es nicht. (pab)

## Nazis in der Kaserne

Rechtsextreme, Reichsbürger und rechte Netzwerke: Spätestens seit im vergangenen Jahr wegen Terrorismusverdachts gegen den Bundeswehrsoldaten Franco A. ermittelt wurde, stellt sich die Frage, wie die Armee mit Verfassungsfeinden in den eigenen Reihen umgeht. Dabei geht es auch um Soldaten, die sich in Chatgruppen darüber unterhalten haben, an einem „Tag X“ politische GegnerInnen zu töten – und die im Verein Uniter paramilitärische Trainings absolvierten. Nachdem von der Leyen im Fall Franco A. zunächst vorpreschte und der Bundeswehr ein Haltungswort attestierte, kritisiert die Opposition inzwischen ihre Zurückhaltung. Der Vorwurf: Die Bundesregierung verhandelt das Thema, indem sie den Rechtsextremismus in der Bundeswehr nicht als strukturelles Problem begreift. Immerhin: Der Militärische Abschirmdienst hat reagiert und will Verdachtsfälle in Zukunft schneller melden. (pab)

## Ausrüstung mangelhaft

Kaum einsatzbereite Leopard-2-Kampfpanzer, teure Nachrüstungsprogramme für den neuen Schützenpanzer Puma, keine Tanker bei der Marine im zweiten Halbjahr 2018, ein großer Teil der U-Boote defekt, weniger als die Hälfte der Eurofighter-Jagdflugzeuge und der Tornado-Kampfflugzeuge flugfähig und auf ein Minimum reduzierte Munitionsbestände: Es war eine lange Mängelliste, die der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages in seinem Jahresbericht Ende Januar präsentierte. „Das System der Mangelbewirtschaftung besteht in allen Bereichen fort“, beklagte sich Hans-Peter Bartels (SPD). So seien auch immer noch viel zu wenige persönliche Ausrüstungsgegenstände wie Schutzwesten, Stiefel, Bekleidung, moderne Helme oder Nachtsichtgeräte vorhanden. Als Haupthindernis erlebte die Bundeswehrangehörigen die „Überorganisation von allem und jedem“, sie sprächen vom „Bürokratiemonster Bundeswehr“. (pab)

## Streit über Wehretat

Richard Grenell zeigte sich mächtig verstimmt: „Dass die Bundesregierung es auch nur in Erwägung zieht, ihre ohnehin schon inakzeptablen Beiträge zur militärischen Einsatzbereitschaft auch noch zu reduzieren, ist ein beunruhigendes Signal Deutschlands an seine 28 Nato-Verbündeten“, empörte sich der US-Botschafter in dieser Woche. Der Anlass seines Unmuts: Nach den Plänen von Finanzminister Olaf Scholz (SPD) soll der Wehretat nicht ganz so stark steigen, wie es sich Ursula von der Leyen wünscht sowie USA und Nato verlangen, nämlich im kommenden Jahr auf 45,1 Milliarden Euro. Damit betrüge der Anteil der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt „nur“ 1,37 Prozent. Bis 2023 könnte er sogar wieder auf 1,25 Prozent sinken. Die Nato-Mitglieder hätten sich hingegen „klar dazu bekannt“, dass sich der Anteil bis 2024 auf 2 Prozent zu bewegen soll, „und nicht davon weg“, beschwerte sich Grenell. Womit er fatalerweise recht hat. (pab)